

## **Schlupflöcher im Gesetz: Eltern kämpfen um Kinderbetreuung in OÖ!**

Die Arbeiterkammer Oberösterreich kritisiert Schlupflöcher bei Kinderbetreuungsgesetzen und fordert mehr Unterstützung für Familien.

**Linz, Österreich** - Oberösterreich steht vor einem ernstem Problem in der Kinderbetreuung! Die Arbeiterkammer kritisiert, dass viele Gemeinden gesetzliche Vorgaben aushebeln, um die Mindestöffnung von 47 Wochen in den Einrichtungen zu umgehen. Laut AK-Präsident Andreas Stangl werden sogenannte „geschlossene Betriebstage“ zum Teil bei den Öffnungszeiten verrechnet, was die tatsächliche Verfügbarkeit der Betreuung stark beeinträchtigt. „Diese einzelnen Tage, an denen die Einrichtungen geschlossen sind, tauchen in der Statistik nicht auf, weil sie nicht als ganze Schließwoche gezählt werden“, so Stangl in einer dringlichen Mitteilung.

Die Bildungsreferentin Christine Haberlander betont jedoch, dass die 47 Wochen eine verbindliche Vorgabe sind. Betreiber, die diese nicht einhalten, müssen mit einem Verbesserungsauftrag rechnen. Die Arbeiterkammer fordert von der Politik eine kostenlose, ganzjährige und ganztägige Kinderbetreuung sowie einen Rechtsanspruch für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr, um Familien die nötige Sicherheit zu bieten. Dies sei unbedingt nötig, um Eltern während der Ferien eine zuverlässige Betreuung zu garantieren und um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, so Stangl weiter, wie auch **OTS** berichtet.

### **Gravierende Defizite festgestellt**

Eine aktuelle Auswertung des Kinderbetreuungsatlas 2024 zeigt erhebliche Defizite in der Betreuung von unter Dreijährigen und Drei- bis Sechsjährigen auf. Viele Eltern, insbesondere von Kindern bis zu zehn Jahren, haben Schwierigkeiten, passende Betreuungsangebote zu finden. Die neuen gesetzlichen Regelungen, die darauf abzielen, die Betreuungszeiten zu erweitern und Lücken zu schließen, scheinen in der Realität oft nicht zu greifen. Die Arbeiterkammer macht deutlich, dass die Schließtage nicht korrekt in die Bilanz der Öffnungszeiten eingehen, wie ebenfalls **ORF** berichtet. Diese Tatsachen gerufen zur dringenden Notwendigkeit, die gesetzliche Regelung zu überarbeiten und Eltern die Unterstützung zu bieten, die sie dringend benötigen.

Details	
<b>Vorfall</b>	Gesetzgebung
<b>Ort</b>	Linz, Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="https://www.orf.at">ooe.orf.at</a></li><li>• <a href="https://www.ots.at">www.ots.at</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)**